

Uster überprüft die Sicherheitsprüfer

VBS-Angestellte mussten über ihre Sexvorlieben Auskunft geben – jetzt interveniert der Armeechef

Pascal Tischhauser

Bern Die Kritik des Bundespersonals an den Sicherheitsüberprüfungen hat Folgen. Armeechef André Blattmann hat eine externe Fachperson mit einer Untersuchung beauftragt. Der frühere Zuger Regierungsrat Hanspeter Uster soll die Arbeit der Sicherheitsüberprüfer des Bundes unter die Lupe nehmen.

Personalvertreter des Bundes kritisieren die Art und Weise, wie die Fachstelle Personensicherheitsprüfung ihre Sicherheitsbefragungen durchführt. Der heutige Zustand sei unhaltbar. Ihre Mitglieder berichteten, bei den Sicherheitsbefragungen werde man drei bis vier Stunden lang grilliert wie auf dem heissen Stuhl. Dabei müsse man gegenüber den Befragern intimste Details über das Sexualleben und bevorzugte Praktiken ausbreiten.

Besser haben es hohe Kader. Bei ihnen führt nicht die Fachstelle im Verteidigungsdepartement, sondern die Bundeskanzlei die Sicherheitsüberprüfung durch. «Die Amtsdirektoren werden hofiert, und das Fussvolk wird grilliert», sagt ein Personalvertreter, der anonym bleiben will.

Laut SP-Nationalrätin Maria Bernasconi werden immer mehr einfache Bundesangestellte überprüft. Wie die Generalsekretärin des Bundespersonalverbands in einer Interpellation festgehalten hat, können mittlerweile selbst Kommissionssekretärinnen und Lernende einer Personensicherheitsprüfung unterzogen werden.

Bundesverwaltungsgericht kassiert Beurteilung

Sogar das Putzpersonal wird intensiv befragt. Diese Praxis kritisiert auch das Bundesverwaltungsgericht. Es kann nicht nachvollzie-



Externer Blick:
Alt-Regierungsrat
Hanspeter Uster

hen, wie eine Putzfrau geheime Dokumente zu sehen bekommen soll, wenn sie zu Bürozeiten Aschenbecher leert und WC reinigt. Auch dass eine verschuldete Putzkraft erpressbar sein könnte, leuchtete dem Gericht laut einem Urteil vom letzten Herbst nicht ein. Es kassierte die Beurteilung der Fachstelle, welche die Putzfrau als Sicherheitsrisiko ansah.

Nicht nur Blattmanns sogenannte Risk-Profiler, also die Sicherheitsbefrager, werden Hanspeter Uster Red und Antwort ste-

hen müssen. Auch die Bundesangestellten, die in letzter Zeit eine Befragung über sich ergehen lassen mussten, sollen Uster ihre Erfahrungen eingehend schildern. Deshalb würden die Untersuchungsergebnisse erst Ende Jahr vorliegen, sagt Armeesprecher Walter Frik.

Die Armee beteuert, es handle sich dabei um ein gewöhnliches «Audit». Doch dass die Armee eine externe Fachperson mit der Überprüfung betraut und dass diese bis Ende 2015 dauert, lässt auf eine

ausserordentlich breit angelegte Untersuchung schliessen.

Personalvertreter wollen gar gehört haben, wie man anfänglich davon sprach, Blattmann habe eine Administrativuntersuchung angeordnet. Die Armee widerspricht: Es sei nie um eine Administrativuntersuchung gegangen. Dazu hätte es Anzeichen für Verfehlungen der Risk-Profiler geben müssen. Die Arbeitnehmervertreter des Bundespersonals begrüssen es, dass mit Uster ein Externer die Untersuchung durchführen wird.

Wikipedia-Polizei und Leinenverbot

In dieser Legislatur werden Parlamentarier eine ganze Woche mit Petitionen verbracht haben

Bern Urs Wäfler spricht schnell. Noch schneller gar, als er Petitionen im Schweizer Parlament einreicht. Das will etwas heissen. Kein anderer Petent war in der laufenden Legislatur fleissiger als der 35-jährige Mittelschullehrer. Von den 154 Petitionen, die bis zur diesjährigen Frühjahrsession ans Schweizer Parlament gelangten, stammten 14 aus der Feder des im Raum Zürich wohnhaften Berners. Das hat die SonntagsZeitung beim Durchkämmen der Curia Vista mit einer Spezialsoftware ermittelt; die Datenbank erfasst alle Geschäfte des Schweizer Parlaments.

Mittels Petition kann jede in der Schweiz wohnhafte Person Vorschläge, Bitten und Beschwerden an die Behörden richten. Die Bundesversammlung ist nur dazu verpflichtet, vom Inhalt Kenntnis zu nehmen. In der Praxis sieht es allerdings so aus, dass die Räte sämtliche an sie gerichteten Eingaben behandeln und beantworten – mögen sie noch so absurd sein.

Kommissionen verwenden 15 Minuten auf jede Eingabe

Wäfler forderte unter anderem das «Einsetzen einer Aufsichtsbehörde für Wikipedia». Er beschäftigte damit gleich zwei Kommissionen: die nationalrätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen und ihr Schwestergremium im Ständerat. Die schriftliche Antwort an Wäfler nach eingehender Debatte: «Die Schweiz hat keinen rechtlichen Zugriff auf diese Organisation.» Als Nächstes empfahl Wäfler die «Kooperation des Bundes mit Facebook». Der Bund sollte die Domain Facebook.ch erwerben. Auch diese Eingabe lehnten die behandelnden Kommissionen einstimmig ab.

Im Vergleich zu anderen Eingaben wirken Wäflers geradezu zahm. Der Rentner Eugen Fischer aus Zürich etwa verlangte in einer

Petition die Einführung eines dritten Geschlechts. Ein paar Wochen später dann das Verbot von Flexileinen für Hunde. Nur so könnten Bissattacken durch Hunde reduziert werden.

Nach Auskunft des parlamentarischen Dienstes verwenden die jeweiligen Kommissionen im Schnitt 15 Minuten auf jede Anfrage. Im Einzelfall ist das wenig. Über eine ganze Legislatur kommt allerdings einiges zusammen: Zur Beantwortung aller Eingaben wird eine 40-stündige Arbeitswoche benötigt. Und zwar nicht von einer einzelnen Person, sondern von ganzen Kommissionen.

Doch in nur einem einzigen Fall schaffte es eine Petition via Kommission vor den National- und den Ständerat: die Eingabe «Klare Regeln für Schweizer Konzerne weltweit» der Hilfsorganisation Alliance Sud, für die im Vorfeld auch eine Unterschriftensammlung lief; 135 000 Personen unterzeichneten die Petition.

Weshalb bombardiert Wäfler Bundesbern trotzdem mit Petitionen? «Unser Parlament arbeitet nicht immer effizient und ist sich oftmals nicht aller Trends bewusst», glaubt Wäfler. Deshalb ergreife er, der früher Mitglied der Piratenpartei war und heute mit der SVP sympathisiert, die Möglichkeiten des Petitionsrechts, das ihm als Bürger zustehe.

Fühlt er sich mit seiner Petitionsflut nicht mitverantwortlich für die angeblich ineffiziente Arbeitsweise in Bern? «Sinnvoll wäre tatsächlich ein System wie in Deutschland. Falls die einzelne Petition von einer gewissen Anzahl von Bürgern unterstützt wird, wird sie im Bundestag diskutiert.» Etwas, was auch in der Schweiz funktionieren könnte, denkt Wäfler.

Es könnte seine nächste Petition in Bern werden.

Barnaby Skinner

Anzeige



Sofortzugang zum Spezialisten

Bei Sanitas sind Sie schneller am Ziel. Die halbprivate oder die private Spitalversicherung der Sanitas ermöglichen Ihnen dank Priority Access einen privilegierten Zugang zur Spitzenmedizin. Sie brauchen Ihrem persönlichen Berater lediglich Ihr Anliegen mitzuteilen und er organisiert für Sie in kürzester Zeit einen Termin beim Spezialisten.

sanitas.com

sanitas
Ein Leben lang